

DIE LINKE. Sachsen

4. Tagung des 14. Landesparteitages

F. Parteiinterna an die 4. Tagung des 14. Landesparteitages

F.1. Vereinbarung mit den Kandidierenden zur Landtagswahl 2019 als Anlage 1 zum Wahl- und Aufstellungsverfahren

ÄF.1.3. Änderungsantrag - Transparenz über alle Spenden

Einreicher*innen: Delegation der linksjugend [solid] Sachsen

Der Landesparteitag möge beschließen, in der Anlage 1 zum Antrag F.1 folgende Änderung vorzunehmen:

Am **Ende des Abschnittes** "Der/die MandatsträgerIn" werden folgende **zwei weitere Punkte** in der Vereinbarung **ergänzt**:

- *wird sich in der gesetzlichen Rentenversicherung versichern, statt vom Pensionsmodell des Landtages zur Rentenvorsorge Gebrauch zu machen*
- *wird sich in der gesetzlichen Krankenkasse und nicht privat versichern*

Begründung:

Die Abgeordneten erhalten nach Einzug in das Parlament die Wahlmöglichkeit, sich über ein Pensionsmodell oder über die gesetzliche Rentenversicherung fürs Alter zu versichern. In beiden Fällen erhalten sie entsprechende Zahlungen. Bei der gesetzlichen Rentenversicherung ist das der Höchstbetrag nach gesetzlicher Beitragsbemessungsgrenze (Arbeitnehmeranteil + Arbeitgeberanteil, in Summe derzeit 1209,00 € monatlich)

Da wir wollen, dass alle Einkommensgruppen in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen, um diese zu stärken, fordern wir, dass auch von unseren Abgeordneten. Andernfalls würden auch unsere Abgeordneten dafür sorgen, dass die Ungerechtigkeit, dass sich einkommensstarke Menschen unter sich versichern und damit weniger für die große Masse im Rententopf übrigbleibt, weiter besteht.

Der Einzahlung des Höchstbetrags der gesetzlichen Rentenversicherung ermöglicht den Abgeordneten trotzdem eine sehr hohe und auskömmliche Altersvorsorge im Vergleich zu den meisten ArbeitnehmerInnen, bei wenigen Legislaturen-Zugehörigkeiten wohl sogar mehr als im Pensionsmodell.

Die Abgeordneten erhalten außerdem nach Einzug in das Parlament die Wahlmöglichkeit, sich privat oder gesetzlich krankenversichern zu lassen. Wir wollen, dass alle Menschen in eine gesetzliche Kasse einzahlen und nicht die Besserverdienenden Sonderprivilegien im Gesundheitssystem erhalten. Dass sich auch unsere Abgeordneten für eine gesetzliche Krankenkasse entscheiden und diese stärken, sollte daher eine Selbstverständlichkeit sein.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

DIE LINKE. Sachsen
4. Tagung des 14. Landesparteitages

Entscheidung des Parteitages

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____